

GÖTTINGER BLÄTTER

03.2021

Herausgeber: Die LINKE. ☆ Rotes Zentrum e.V. ☆ DKP ☆ FG BRD-Cuba ☆ VVN/BDA ☆ GROBIAN ☆ Göttinger Linke

► Das Göttinger Friedensforum hat große Ziele für 2021:

Rückblick:

Am 22. Januar 2021 trat der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Kraft. Mit einer Kundgebung vor den Neuen Rathaus würdigte das Göttinger Friedensforum (GöFF) zusammen mit der Initiative Göttinger Erklärung dieses Ereignis. Als einer der „Mayor for Peace“ (eine Organisation des Bürgermeisters von Hiroshima) hielt Göttingens Oberbürgermeister Köhler eine Begrüßungsrede.

Mit der Aktion wollten die Veranstalter ein deutliches Zeichen an die Bundesregierung setzen: Deutschland, das dem Atomwaffenverbotsvertrag noch nicht beigetreten ist, muss diesen Schritt endlich vollziehen und dafür sorgen, dass die auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel gelagerten US-Atombomben abgezogen werden! Ein Beitritt Deutschlands zum AVV würde u.a. bedeuten, dass Bundeswehrpiloten den Abwurf der B61-Atombomben bei Nato-Manövern im Rahmen der sog. nuklearen Teilhabe nicht weiterhin üben dürften.

Vorausschau und Ziele

Die Bedrohungen der Menschheit sind nicht militärisch zu lösen. Die Bedrohungen heißen Klimakrise, Hunger und Pandemien – Resultate einer ungehemmten profit- und wachstumsorientierten Produktionsweise. Und diese Bedro-

hungen nehmen zu, wenn Milliarden in militärische Aufrüstung fließen, statt in das Gesundheitswesen, in Bildung und in die dringend notwendige sozial-ökologische Wende investiert zu werden.

In Europa beobachten wir eine Zuspitzung der Spannungen zwischen Ost und West hin zu einem neuen Kalten Krieg. Auf die Tagesordnung gehört deshalb eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung. „Feindbilder“ wie Russland oder China passen nicht in die politische Landschaft.

Politisches Umdenken ist das Gebot der Stunde, denn jeder Euro, investiert in einen Panzer oder eine Kampfdrohne, ist verlorenes Geld. Wir wissen, dass ohne massiven Druck auf die Regierenden kaum etwas geschieht.

Mit Blick auf die Bundestagswahlen im September dieses Jahres setzt sich das Göttinger Friedensforum zusammen mit demokratischen, sozialen, ökologischen und antirassistischen Bewegungen für Frieden und Abrüstung ein. Dabei appellieren wir an die Parteien, die folgenden friedenspolitischen Zusagen in ihre Wahlprogramme aufzunehmen:

- Reduzierung der Rüstungsausgaben und Umverteilung dieser Gelder in Bereiche wie Gesundheit, Klimaschutz, Rente, Bildung und Armutsbekämpfung – nein zum 2%-Aufrüstungs-Ziel der NATO.
- Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot und Abzug der Atomwaffen aus Büchel.
- Keine Bewaffnung von Bundeswehdrohnen sowie die Ächtung automatisierter und autonomer Kriegsführung.

im Internet

https://www.goettinger-linke.de/goeblae_2020.php

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Friedensforum	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	7
DIE LINKE. Kreisverband	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	8
Rotes Zentrum e.V.	9
Göttinger Linke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Klimaschutz	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 04.2021
ist der 19. März.
Auslieferung am 25. März.

- Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr.
- Stopp aller Rüstungsexporte sowie eine Konversion der Rüstungsindustrie.► Eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, die auf Abrüstung, gewaltfreien Mitteln und Diplomatie beruht – eine neue Entspannungspolitik in Europa und weltweit.

Es gibt in 2021 einige feststehende Anlässe, um diese Forderungen in der Öffentlichkeit zu thematisieren:

- Osterkundgebung (in Göttingen geplant für Samstag, den 3. April)
- Tag der Befreiung vom Faschismus (8. Mai)
- Hiroshimatag (6. August)
- Antikriegstag (1. September)

Das Göttinger Friedensforum wird u.a. zu diesen Terminen Aktionen / Veranstaltungen planen.

TP für Bundeswehreinsätze!

Ecki Stedeler (Der Autor ist Mitglied des Koordinierungskreises des Göttinger Friedensforums)





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

► »Querdenken«: Wo die extreme Rechte weiter freie Hand hat

von **Andreas Siegmund-Schultze** <https://antifa.vvn-bda.de/2021/02/08/erweckungsbewegung/>

Den großen Showdown der »Querdenken«-Bewegung sollte es zum Jahreswechsel in Berlin geben. Gerechnet wurde mit ähnlichen Bildern wie am 7. November in Leipzig oder am 18. November in der Bundeshauptstadt. Zehntausende hatten sich zu bunt-braunen Massenevents getroffen und waren sich eines großen öffentlichen Interesses gewiss. Es hieß immerhin, gegen die »abgewirtschaftete Merkel-Diktatur«, die »DDR 2.0« oder das »neue Ermächtigungsgesetz« aufzubegehren. Man währte sich insbesondere in Leipzig im Einklang mit der »friedlichen Revolution« vom Herbst 1989. Andernorts gab es Vergleiche mit Anne Frank oder den Geschwistern Scholl – darunter geht es nicht. Wenn in den kommenden Wochen und Monaten viele vor die Frage gestellt werden, ob sie sich gegen die Seuche impfen lassen, dürfte der mit dem Wort »ungeimpft« versehene »Gelbe Stern« erneut zum perfiden Bekenntnis dieser in weiten Teilen auch antisemitischen Bewegung werden.

Die Veranstaltungen zu Silvester fielen, aufgrund eines generellen Versammlungsverbots und eines speziellen nur für »Querdenken«, ins Wasser. Begründet wurden diese mit prognostizierten Verstößen gegen den Infektionsschutz und polizeilichem Notstand. Angekündigt worden waren die Demonstrationen am 30. und 31. Dezember unter dem Motto »Willkommen 2021 – das Jahr der Freiheit und des Friedens«. Michael Ballweg, das bundesweite Gesicht der »Querdenker« aus Stuttgart, hatte während der Festtage verkündet, bis auf weiteres keine Demos mehr anzumelden. Die Berliner Struktur schloss sich dem an. Über die Gründe für diesen Schritt ist viel Raum für Spekulationen. Da wäre zum einen das Ansehen des Obergurus selbst. So gab es Berichte über lukrative Geschäftsmodelle der Corona-Leugner*innen, aus denen sich in den letzten Monaten große Summen abschöpfen ließen. Nicht nur Ballweg zog daraus seine Pfründe. Typisch ist

das Sammeln von Spenden auf unkontrollierte Privatkonten von Aktiven der »Querdenken«-Bewegung. Ob sich mit diesem Image weitere Unterstützer*innen gewinnen lassen? Ein anderer Grund für die Absage dürfte gewesen sein, dass die behördlichen Verbote die Berliner »Freiheits«party und die erhofften Bilder mit internationaler Beachtung haben fraglich werden lassen. Polizeiliche Verbote hatten die Proteste im Frühjahr noch angefeuert, während sie nun zu massiver Demobilisierung beitrugen. Obwohl der harte Kern weiter nach Berlin trommelte, zogen viele auf genehmigte Versammlungen in Stuttgart und Umgebung. Eine größere Anzahl kam nirgends zusammen.

Die politisch Verantwortlichen in den Landesregierungen sowie die Polizeiführungen in Leipzig und Berlin hatten wegen der Geschehnisse am 7. und 18. November auch bundesweit Kritik einstecken müssen. Zur Erinnerung: Zurückhaltung war in Sachsen und der Bundeshauptstadt im Umgang mit den »Querdenkern« oberste Prämisse, Auflagenverstöße blieben so gut wie ohne Konsequenzen. Die zwei Hundertschaften, die am 7. November am Leipziger Innenstadtring eingesetzt waren, wurden durch die Massen schnell beiseite geschoben – über 20 solcher Einheiten waren eigentlich in die Stadt beordert worden. Besonders in Sachsen funktionierte die Aufgabenverteilung zwischen rechten Hooligans, die in den vorderen Reihen die Auseinandersetzung mit Polizei und Pressevertreter*innen suchten, und dem Rest der Demonstrant*innen wie geschmiert. Die Wahrnehmung, mit »Keine Gewalt«- und »Wir sind das Volk«-Schlachtrufen der Staatsmacht die Stirn bieten zu können, tat der Stimmung und dem Zusammengehörigkeitsgefühl zusätzlich gut. Als in Berlin am 18. November nach Stunden des Gewährens von Verstößen die Ankündigung durch die Polizei erfolgte,

dass nun geräumt werden solle, war Partystimmung auf den Straßen und das Gejohle groß – es folgte schließlich ein wenig Geschubse und milder Regen durch einen Wasserwerfer. Danach setzte offenbar ein Umdenken ein und es wurde eine härtere Gangart beschlossen.

In der jüngsten Nummer der antifaschistischen Zeitschrift der rechte rand werden die in Leipzig versammelten Verharmloser*innen und Leugner*innen der Pandemie zutreffend als »Mischung von Thor Steinar bis Rudolf Steiner« bezeichnet. Nicht übersehen werden sollte, wer auf derlei Demos alles mitmischt. Neben Verschwörungsgläubigen und Esoteriker*innen waren das Reichsbürger*innen, Nordkreuz-Anhänger*innen, Aktive aus dem früheren NSU-Terrornetzwerk, militante Nazikampfsportler*innen und Anhänger*innen von QAnon. Das EXIF-Recherchekollektiv hat das in einem Beitrag für die Winterausgabe des Antifaschistischen Infoblatts (AIB) zusammengetragen. Das Resümee von EXIF: »Für viele funktioniert »Querdenken« als eine Erweckungsbewegung und die extremen Rechten haben darin freie Hand«. Dieser Eindruck drängt sich ebenso beim Blick ins Internet auf. Das lukrative Geschäftsmodell ist auch eines von Youtube-Trollen und rechten Medien. Die Reichweite von einschlägigen Messenger-Gruppen bei Telegram oder WhatsApp ist enorm. Selbst wenn die Straßenmobilisierung durch die Silvester-Verbote einen Dämpfer bekommen hat, wird die Dynamik im virtuellen Raum anhalten.

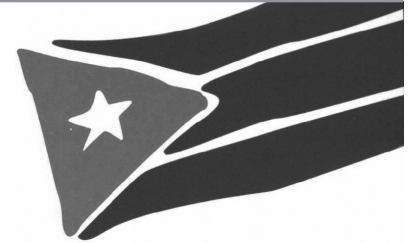


Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Statt Mitgliederversammlung: Video-Treffen am 9. März

Zugangsdaten folgen kurzfristig per mail oder können hier angefordert werden:
goettingen@fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Kuba verdient Solidarität, keine falschen Freunde

Am 23.01.2021 fasste der Parteivorstand der Partei Die Linke einen einstimmigen Beschluss unter dem irreführenden Titel "Solidarität mit Kuba", in dem faktisch eine Solidarisierung mit den Protagonisten einer US-geführten Farbenrevolution erfolgt. Der Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba erklärt zu diesem Beschluss:

Wer unter dem Deckmantel der Unterstützung "kritischer Künstler" an einem Regime-Change in Kuba arbeitet, steht nicht auf der Seite des kubanischen Volkes und wirkt aktiv an der Restauration des Neokolonialismus auf Kuba mit.

Mit ihrem Beschluss stellt sich der Parteivorstand der Linken offen gegen die kubanische Revolution. Unverhüllt wird der sogenannte "Dialog" mit angeblich "kritischen Künstlern" gefordert. Diese Forderung nützt einzig und allein nur jenen Kräften, die nicht anderes im Sinn haben, als auch auf Kuba möglichst schnell einen "Regime Change" durchzuführen. Dementsprechend feiern die Contras in Miami und die Gegner der kubanischen Revolution in Washington den Beschluss in ihren Gazetten und sozialen Medien.

Jene Kräfte, welche nun auch die Linkspartei der Öffentlichkeit als "Demokraten" verkaufen will, stehen eben gerade für das

Ende der Demokratie und der Selbstbestimmung des kubanischen Volkes. Sie machen keinen Hehl daraus, dass sie ihre Instruktionen und ihre Bezahlung aus Washington erhalten. Sie befürworten die Verschärfung der unrechtmäßigen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba und damit des Leids, welches diese tagtäglich über das kubanische Volk bringt. Ihr politisches Programm reduziert sich auf die Forderung einer US-Intervention in Kuba.

Die Forderung nach der Unterstützung dieser sogenannten Demokraten führt alle anderen scheinbar Kuba-freundlichen Forderungen, die im selben Dokument aufgeführt sind, ad absurdum.

Dass es keine Gegenstimmen gegen den Antrag gab, ist ein Armutszeugnis. Mit Internationalismus und Solidarität, wie der Titel des Beschlusses nahelegt, hat das nichts, mit opportunistischer Anbiederung

an den politischen Mainstream dagegen sehr viel zu tun. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba solidarisiert sich mit allen aufrechten Internationalistinnen und Internationalisten, die weiterhin innerhalb der Linkspartei für eine ehrliche Solidarität mit Kuba eintreten, insbesondere mit der Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí.

Gerade in diesen Zeiten verdient das sozialistische Kuba unsere Solidarität. Mit all ihren Errungenschaften und historischen Erfahrungen, mit der internationalen Ausstrahlungskraft, die sie sich mit einer über sechs Jahrzehnte währenden Prinzipienfestigkeit erworben hat, hat die Kubanische Revolution keine Ratschläge nötig, schon gar nicht von falschen Freunden.

**Freundschaftsgesellschaft
BRD-Kuba / Bundesvorstand
09.02.2021**

Download: **Kuba verdient Solidarität,
keine falschen Freunde**

▶ Afrika erneut solidarisch mit Kuba

Die Afrikanische Union hat auf ihrem 34. Gipfeltreffen eine Resolution verabschiedet, in der sie die Wirtschaftsblockade der USA gegen Kuba verurteilt. Autor: Dilberto Reyes Rodríguez | informacion@granma.cu

Bewegt durch das Blut, das in den Zeiten der Vorfahren dasselbe war und das sich später erneut vereinte, vergossen auf dem Staub des Ursprungslandes, als Kuba zu seiner Verteidigung eilte, ehren Kuba und Afrika ständig diese echte Solidarität, die sich beide gegenseitig anbieten und dankbar dafür sind.

Viele Male hat der Mutterkontinent Danke gesagt, als Kuba geholfen hat, Fibel und Bleistift brachte und Gesundheit und Rettung schenkte angesichts jener schweren Bedrohung durch die Ebola Epidemie. Kuba hat nie aufgehört, dort zu sein, und als die aktuelle Pandemie aufkam, ist es nicht

weggegangen, im Gegenteil, seine Kräfte dort haben sich vermehrt.

Wie könnte man den Menschen in Afrika weismachen, dass das karibische Heimatland eine Höhle des Terrors ist, dass es Isolation verdient, dass es dem Völkermord einer Blockade unterworfen werden muss, wie es sie nie zuvor gegen ein Land gegeben hat?

Afrika, das in der Haut seiner Jahrhunderte die tiefen Wunden der wirklichen Terroristen, der völkermordenden, imperialen Plünderer trägt, kennt die menschlichen Triebfedern, die Fidels Revolution bewegen, und verurteilt jede Aktion gegen sie, und erhebt seine Stimme, unmissverständlich,

mit frontalem Mut, um einstimmig, wie es die Afrikanische Union (AU) soeben getan hat, die Fortdauer der wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Belagerung durch das größte bekannte Imperium abzulehnen.

Auf ihrem 34. Gipfel nahm die AU durch eine Resolution ihre Position zu der für Mai angekündigten Abstimmung in der UNO vorweg, und die Insel reagierte bewegt durch die Stimme ihres Außenministers Bruno Rodríguez Parrilla: „Wir danken für die anhaltende Forderung unserer afrikanischen Bruderländer nach einem Ende der US-Blockade gegen Kuba und die Solidaritätsbekundungen mit unserem Volk.“



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Bundestagswahlen: KommunistInnen treten an

Sicher ist es noch nicht, dass in Göttingen, Niedersachsen und anderen Teilen der Bundesrepublik Mitglieder und FreundInnen der DKP im September auf den Wahlzetteln zum Deutschen Bundestag stehen werden.

Sicher aber ist: Die Kommunistinnen und Kommunisten dieses Landes haben beschlossen, darum zu kämpfen. Wie in vielen anderen Bundesländern hat bereits in November eine Bezirksmitgliederversammlung der DKP Niedersachsen eine 14-köpfige Landesliste mit der hannoverschen Journalistin Anke Wittkopp auf Platz 1 aufgestellt. Mit dabei ist auch der Leiter des Osnabrücker VW-Vertrauenskörpers und DKP-Bezirksvorsitzende Achim Bigus. Aus Göttingen stehen gleich zwei auf der Liste – der Genosse Tawfik Lababidi und der ehemalige Landes- und Fraktionsvorsitzende der niedersächsischen Partei „Die Linke“, Dr. Manfred Sohn. Er ist zugleich auf einer Wahlversammlung am 16. Februar zum Kandidaten für den Wahlkreis Göttingen bestimmt worden.

Das Wahlgesetz bevorzugt die etablierten Parteien. Sie sind von der Pflicht zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften freigestellt – der Himmel weiß, warum. Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, aber müssen in Niedersachsen 2000 Unterschriften sammeln, um auf dem Wahlzettel zu stehen und in jedem Wahlkreis für den jeweiligen Direktkandidaten noch einmal 200 – und die müssen alle von der jeweiligen Gemeinde bestätigt werden. In Zeiten von Corona ist das eine hohe Hürde. Wir sind entschlossen, sie zu nehmen und vertrauen nicht zuletzt auf die Hilfe der befreundeten linken Organisationen in Göttingen und anderswo.

Das Signal einer grundsätzlichen anderen Politik, das mit dieser Kandidatur ausgesendet wird, ist nach unserer Überzeugung so dringend nötig wie selten zuvor. Fünf Kernaussagen sollen den vor uns liegenden Bundestagswahlkampf bestimmen:

- Gegen die Macht der Banken und Konzerne – für die Interessen der großen Mehrheit der Menschen in diesem Land
- Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Werktätigen – die Reichen sollen zahlen
- Gegen Krieg und Hochrüstung – für Frieden mit China und Russland
- Gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte – für Klassensolidarität
- Für den Sozialismus!

Wir erkennen an, dass es auch in anderen Parteien Menschen gibt, die für ähnliche Ziele wirken. Aber nicht nur in der SPD oder bei den Grünen, sondern nach unserem Eindruck zunehmend auch bei der Partei mit dem Namen „Die Linke“ werden auf dem Weg in die ersehnte Regierungsfähigkeit mehr und mehr Klassenpositionen zugunsten eines diffusen „Wir“ geschliffen, stimmen führende Mitglieder ein in den anschwellenden Chor der Kreuzritter gegen Moskau und Peking, wird der Ruf nach einer grundlegend anderen Organisation von Produktion und Gesellschaft, der Ruf nach Sozialismus auf Sonntagsreden verschoben, während im Alltag das Mitmischen in der kapitalistischen Maschinerie dominiert. Auch um gegen diese Tendenzen einen Pflock einzurammen, stellen wir unsere knallrote Fahne am 26. September zur Wahl.

Aber nicht gegen irgendwen aus dem Lager Göttinger Linker werden wir diesen Wahlkampf führen, sondern vor allem mit dem Ziel, gerade durch diese eigenständige Kandidatur die Linke insgesamt zu stärken. Je stärker die DKP bei diesen Wahlen wird, desto mehr Aufmerksamkeit wird es weit über ihre Grenzen hinaus für Diskussionen

Mitgliederversammlungen im März

2. März:

Bald ein Jahr Corona-Maßnahmen - eine kritische Bilanz

19. Januar:

Bundestagswahlen: Fragen an die Göttinger Kandidaten und Wahlkampfplanungen

**Alle MV'en finden jeweils um 19.00 Uhr im Video-Format statt. Die Zugangsdaten werden kurzfristig per mail zugesandt oder können hier abgefragt werden:
goettingen@dkp-niedersachsen.de**

um grundsätzliche Alternativen zum kapitalistischen System und die mit ihm verbundenen Gefahren geben.

Die aktuellen Krisen des Kapitalismus sind keine Ausrutscher, keine Dellen in einer sonst guten Entwicklung. Wir leben in einer Zeit zunehmender Panik auf den Kommandobrücken der imperialistischen Staaten in Westeuropa und Nordamerika. Wir stehen in diesem Frühjahr 2021 am Beginn einer sich verschärfenden Krise mit massiver Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Ausbildungsmangel und fehlenden Berufsperspektiven für junge Menschen mit und ohne Abitur und Studienabschluss. Wir sind mitten drin in einem dem Profitprinzip geschuldeten Prozess der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Und vor allem: Jahr für Jahr wachsen die Rüstungsetats aller NATO-Länder, wächst gleichzeitig und damit eng verknüpft die Hetze gegen Russland und China und damit die Gefahr eines uns alle vernichtenden dritten Weltkriegs.

Diese Entwicklungen können nur durch grundlegende Veränderungen der Eigentums- und Produktionsverhältnisse unterbrochen werden. Das deutlich zu machen – dazu dient unsere Kandidatur. Wir bitten alle Linken in Göttingen, sie zu unterstützen.

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: **Montags, z.Zt. 19.00 Uhr per Video**



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Post aus Wolfsburg:

▶ **ADLER AG auch in anderen Städten „renditeorientiert“!**

Weiter geht es ausführlich und sehr anschaulich damit, wie ADLER dort handelt. Als Beispiel seien die Aufstockungen genannt, die den Gronern ja erst noch bevorstehen. Die Mieter*innen mussten in Gastwohnungen umziehen, die sich nicht als sehr gastlich erwiesen haben, z.B. mit Betten ohne Matratzen.

Die eigene Wohnung wurde in dieser Zeit durch die ADLER Handwerker grob mit Planen verhängt und dann ging es los, mit dem Eingriff in die Privatsphäre. Handwerker, die unter Zeitdruck ihre Arbeit verrichten, können nicht sensibel im Privaten vorgehen. Das bedeutet für Mieter*innen, ihre Wohnung hinterher in einem katastrophalen Zustand vorzufinden. Neben dem Dreck, der überall in die Ecken gezogen war und auch Schäden am Mobiliar, gab es reichlich Mängel am Bau. Die Maße von Fenstern und Türen stimmten nicht, so dass der Wind durch die Ritzen zog. Wohnungen waren teilweise über längere Zeit ohne Fenster, damit drang Feuchtigkeit ein. Eine Familie musste in ihre Wohnung ohne Wohnungstür zurück, und davon gibt es mehr zu berichten. Da denkt Mensch,

dort möchte ich auf keinen Fall wohnen! Und wie verhält sich ADLER in diesem Fall. ADLER sieht die mangelnde Planung und Vorbereitung für die Baumaßnahmen natürlich bei den Mieter*innen und ist damit fein raus. Gleichzeitig rühmt sich ADLER im Internet der guten Kommunikation mit den Mieter*innen.

Im Brief aus Wolfsburg werden auch die bei ADLER offensichtlich üblichen Einschüchterungsversuche beschrieben sowie eine Kündigungsandrohung gegen eine Familie. Grund: Diese haben flyer,

Die ADLER AG , jetzt: „ADLER GROUP“ und wirbt bei den Aktionären mit „Mehr Zukunft pro Quadratmeter“. Was damit wohl gemeint ist?

die auf die Missstände hinweisen, in den Häusern ausgehängt.

Nebenkostenabrechnungen, die stetig steigen und durch die veränderte Systematik das Nachvollziehen der Positionen erschweren, gehören – wie in Grone – auch zum Programm.

„Seit die ADLER unser Vermieter ist, haben die Menschen Angst! Sollen wir jetzt unter die Brücke ziehen, hier wohnen

viele alte Menschen, Geringverdiener, Hartz IV - Bezieher, alles Mieter, die die ADLER loswerden will. ADLER REAL Estate sieht in uns Mietern nur Aktien, die Renditen erwirtschaften sollen, damit die Aktionäre nicht auf Kaviar und Luxus verzichten müssen!“

Ja, so ist das auch in Grone und vermutlich in den mehr als 50 000 ADLER Wohnungen im Bundesgebiet.

Zurück zum Brief: Die Mieter*innen haben sich zu einer Mietergemeinschaft zusammengeschlossen; sie schreiben: „Wir sind es leid, dass sich fast nie jemand für unser Problem interessiert. Wir sind hier der Meinung, dass sich so viele Mieter wie möglich zusammenschließen sollten, auch städteübergreifend.“

Wir fanden, das ist eine gute Idee, haben Kontakt aufgenommen und uns ausgetauscht und dabei festgestellt, dass wir hier in Göttingen mit Unterstützung - leider nur - der Fraktion der Göttinger Linke/ALG Ratsgruppe und Hendrik Falkenberg im Ortsrat rechnen können, damit unsere Anliegen sich in der Öffentlichkeit wiederfinden und politisch gehört werden.

Wir sorgen gemeinsam dafür, dass ADLER nicht einfach ungehört agieren und Mieter*innen einschüchtern kann. Das konnten wir auch den Wolfsburgern empfehlen. So konnte inzwischen der Kontakt zur Fraktion, bestehend aus der Partei die Linke und den Piraten, in Wolfsburg hergestellt werden. (CS)

▶ **Christliche Nächstenliebe oder doch nur Rendite?**

2015 hat das „Erzbistum Berlin“ 226 Wohnungen in der Göttinger Weststadt gekauft. Genauer: Die EBV Immobilien Göttingen GmbH & Co KG, eine 100-prozentige Tochter der Erzbischöflichen Vermögensverwaltung.

Warum tut eine Kirche dies? Die Kirchen haben eine eigene Betriebliche Altersversorgung, die auf dem Kapitalmarkt nicht mehr die erforderlichen Renditen erzielen kann. Da wird der Immobilienmarkt interessant.

Und jetzt das Dilemma: Die Stadt Göttingen will die Weststadt mit dem Programm "Soziale Stadt" aufwerten und die Voreigentümer, "HERKULES Immobilien", hatten da Gespräche verweigert, die EBV aber ist an einer Mitarbeit interessiert. Für die Mieter*innen entsteht aber trotzdem eine große Verunsicherung, da sie nicht wissen wohin die Reise geht: Werden die Häuser "nur" instandgesetzt oder auch modernisiert mit dem Ziel, die "Rendite" zu erhöhen.

Für die betriebliche Altersvorsorge der Kirche sollen hier also Mieter*innen erhalten.

Wohnen sollten wir kommunal organisieren ohne Renditeinteressen Dritter. So wie es die Städtische Wohnungsbau in Göttingen aber auch z.B. die Stadt Wien vormachen: Sie helfen, ihren Bürger*innen, „Wohnen“ nicht allzu sehr zum Marktgeschehen werden zu lassen.



DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

Presseerklärung DIE LINKE im Kreistag vom 17.02.2021

▶ LINKE: Mittagsangebote müssen für bedürftige Kinder zugänglich sein

Durch den erneuten Lockdown ist abermals das kostenlose Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien weggefallen. Zwar gibt es hier ein Angebot des Landkreises für ein außerschulisches Mittagessen, das von den Leistungsberechtigten bei aufgeführten (örtlichen) Dienstleistern bestellt werden kann.

Dieses Angebot wird aber, wie der Landkreis in seiner Antwort auf eine Anfrage der Gruppe Linke-Piraten-Partei zum Kreistag am 4.2.2021 bekannt gibt, nur „sehr verhalten“ in Anspruch genommen. Auch finden sich in der Antwort zwar Anbieter für den alten Kreis Göttingen, aber nicht für den Altkreis Osterode.

Fraktionsvorsitzender und Schulausschussmitglied Dr. Eckhard Fascher: „Gerade arme Kinder und ihre Familien trifft die Coronakrise besonders hart.

Wir fordern die Verwaltung auf, dafür zu sorgen, dass diejenigen Kinder, denen dies zusteht, auch Zugang zu einem kostenlosen Mittagessen erhalten und zwar überall im Landkreis, auch im Altkreis Osterode.“

Bereits im Frühjahr 2020 mussten die betroffenen Familien im Landkreis mehr als 3 Monate ohne das dringend zur Versorgung ihrer Kinder benötigte und ihnen rechtlich zustehende kostenlose Mittagessen auskommen. Eine Ersatzleistung wurde ihnen vom Landkreis nicht angeboten.

Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung sieht eigentlich vor, dass Kindern aus Familien mit sehr niedrigem Einkommen, wenn ihnen ALG II, soziale Grundsicherung oder Wohngeld bzw. Kinderzuschlag zusteht, in den Schulen und Kindertagesstätten das Mit-

tagessen vom Staat finanziert wird. Damit soll erreicht werden, dass jedes Kind täglich ein warmes Essen erhält, was aufgrund der finanziellen Situation der Familien sonst nicht immer gewährleistet ist. Die mit dem Wegfall dieser Leistungen verbundenen Mehrkosten sind für die betroffenen Familien kaum zu schultern.

Sozialausschussmitglied Dr. Joachim Bons: „Wir begrüßen natürlich, dass Kindern bedürftiger Familien endlich die Möglichkeit geboten wird, auch zuhause die dringend benötigte kostenlose warme Mahlzeit erhalten zu können. Diese müssen allerdings auch Kenntnis von dem Angebot erhalten. Dass die Angebote nur ‚verhalten in Anspruch genommen‘ werden, könnte daran liegen, dass der Landkreis (nach eigener Angabe) seine Angebote letztlich ausschließlich durch Pressemitteilungen bekanntgegeben hat. Das reicht nun wirklich nicht. Wir fordern daher den Landkreis auf, alle Leistungsberechtigten Familien durch die zuständigen Jobcenter und Sozialämter schriftlich zu informieren, um allen die Möglichkeit zu geben, die rechtlich zustehenden Leistungen wahrnehmen zu können. Die Kinder der ärmsten Familien unseres Landkreises dürfen nicht weiter zurückgelassen werden.“

Gemeinsame Presseerklärung von Ratsgruppe Göttinger Linke/ALG, DIE LINKE im Kreistag Göttingen + Fraktion DIE LINKE/NORTHEIM 21 im Kreistag Northeim vom 4.2.2021

▶ Umstellung der MBA Deiderode: Politik wird mit „Fake-Gutachten“ abgespeist

Die Ratsgruppe der Göttinger Linken/ALG, die Fraktion der LINKEN im Kreistag Göttingen und die Fraktion DIE LINKE/NORTHEIM 21 im Kreistag Northeim üben scharfe Kritik am Handeln des Abfallzweckverbands Südniedersachsen (AS). Nachdem es Probleme mit einer Kostenexplosion von 7 auf rund 27 Mio. Euro bis zum Sommer 2020 für den geplanten Umbau seiner Mechanisch Biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) in Deiderode und Beschwerden des Verbandsmitglieds Northeim gegeben hat, habe die Geschäftsführung des AS nun ein nicht sachgerechtes Gutachten für den Umbau vorgelegt. Die Geschäftsführung des AS führe ihre schon in der Vergangenheit kritisierte Praxis fort, indem auf Grundlage des erwähnten Gutachtens sowohl der Betriebsausschuss Umweltdienste des Stadtrats am 26. Januar als auch der Umweltausschuss des Kreistags am 27. Januar Entscheidungen treffen sollten.

Das 48-seitige Gutachten des Büros u.e.c. Berlin, datiert vom 21.01.2021, wurde den Mitgliedern des Betriebsaus-

schusses Umweltdienste des Göttinger Stadtrats sogar erst am 27.1. übergeben, also einen Tag nach dem Beschluss im Ausschuss. Scheinbar soll so mit Leben gefüllt werden, dass die „Wahrnehmung der Aufgaben mit zentraler Bedeutung [...] in offener und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit [...] den Vertreter*innen der Kommunal[politik]“ geschieht, wie seit Jahren zum Beispiel in der Präambel des Haushalts der Stadt Göttingen zu lesen ist.

Eckhard Fascher, Vorsitzender der LINKEN im Kreistag Göttingen, nennt den ersten Kritikpunkt am vorgelegten Gutachten: „Es geht um die Überprüfung von Varianten von Nass- oder Trockenvergärungsverfahren. Der AS hat nun zwar das für seine hohe Qualität und Transparenz in der Szene bekannte Büro u.e.c. Berlin mit dem Gutachten beauftragt. In der erwähnten Transparenz weist dieses Büro jedoch auf seiner Internetpräsenz aus, dass es NULL Referenzen zum Thema Vergärung besitzt. Warum wählt der AS gerade dieses Büro aus und wie sah

die Anfrage für dieses Gutachten aus?“

Wie der Presse Anfang Juli 2020 zu entnehmen war, hatte der Landkreis Northeim eingefordert, dass ergebnisoffen neu geprüft werden sollte, um den ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigsten Weg zu finden. Es sollte daher auch geprüft werden, ob bekannte Probleme der bestehenden Nassvergärung durch eine Optimierung der Anlagentechnik in Deiderode überwunden werden könnten, so dass die vorhandene Anlagentechnik der biologischen Behandlung nicht komplett rückgebaut werden müsste.

Neben der Frage, warum ein Büro ohne Referenzen auf dem Gebiet der Restabfallvergärung diesen Auftrag bekommen hat, ist ebenso unbekannt, warum in dem durch die Geschäftsführung des AS beauftragten Gutachten ausschließlich das spezielle diskontinuierliche Trockenvergärungsverfahren, mit welchem schon das Witzenhauseninstitut geplant hatte, betrachtet wurde.

(...) weiter nächste Seite

Termine

Dritte Kommunalpolitische Konferenz

Samstag, 20. März 2021, ab 11 Uhr im Saal des Jungen Theater; Bürgerstr. 15, Göttingen

(Ort abhängig von der Rechtslage)

Ausführliche Ankündigung auf der GöLi-Seite

Gemeindetreffen Gleichen der GöLi

Videokonferenz am **Donnerstag, 4. März, 19:00 Uhr**

Ausführliche Informationen und Ankündigung auf der GöLi-Seite

Informationen zur Teilnahme bei Christian Schüler, Tel. 05508-8159,

E-Mail: cschueler2015@gmail.com

GöLi-Aktiven-Treffen in der Weststadt

Montag, 22. März, 19.00 Uhr, Bürgerhaus Grone,

Martin-Luther-Straße 10 (Zufahrt vom Greitweg aus)

(Das Treffen ist durch die Größe des Raumes auch unter „Corona-Bedingungen“ möglich)

Ausführliche Ankündigung auf der GöLi-Seite

(...) Forts. Seite 6

Dies hatte schon in der vorigen Beschreibung zur Kostenexplosion geführt. Nach dem Stand der Technik hätten ergebnisoffen auch andere Trockenvergärungsverfahren, z.B. niedersächsischer Anbieter, auf ihre Eignung hin untersucht werden müssen. Ebenfalls könnten Nassvergärungsverfahren anderer deutscher Hersteller zugelassen werden, auch für die Optimierung der vorhandenen Anlagentechnik. Sprich: Hat der AS den Auftrag für das Gutachten so beschränkt formuliert oder hat der Gutachter einen korrekt gestellten Auftrag nicht korrekt umgesetzt? Warum wurde ohne Not nur ein einziges sehr spezielles Verfahren zugelassen und warum wurden Alternativangebote sogar explizit ausgeschlossen? Marktüblich sind hier sogar verfahrensoffene funktionale Ausschreibungen.

„Ich glaube, dass man das uns nun im Betriebsausschuss Umweltdienste vorgelegte Gutachten angesichts der vom Landkreis Northeim angeforderten

Prüfung ein Fake-Gutachten nennen kann,“ spitzt Torsten Wucherpennig von der Ratsgruppe Göttinger Linke/ALG im Stadtrat Göttingen abschließend die Kritik zu. „Ich hoffe, dass auch dieser Prozess, so, wie die vorherige Vergabe, die zu einer Kostenexplosion geführt hatte, wieder eingefangen und mit einer fachlich angemessenen und ergebnisoffenen Untersuchung neu gestartet wird, zum Besten unserer Umwelt und der Gebühren zahlenden Bürgerinnen und Bürger.“

Als Anlage dieser Pressemitteilung sehen Sie eine Recherche zu den bisherigen Entwicklungen rund um den AS, frei nach einem Albert Einstein nachgesagten Zitat: „Beschränktes Gutachten nach beschränkter Ausschreibung nach beschränkter Planung bei immer gleichem Verfahren ergibt immer das gleiche Ergebnis“.

(Anmerkung: Die Anlage ist auf der Website des Kreisverbandes der LINKEN bei dieser Pressemitteilung online nachzulesen.)



KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: 05 51 - 29 14 05 46

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

AG Antifa

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0177 8534351

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Elvira Kalusa,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00



DIE LINKE. **Kreistagsinfo** aktuell

Nr. 24 – Februar 2021

EDITORIAL

Wieder einmal ging es – coronabedingt – zu einer Kreistagssitzung nach Osterode. Der bereits im Vorfeld der Sitzung geäußerte Wunsch nach einer möglichst zeitsparenden Sitzungsbeteiligung wurde gleich zu Beginn mit einer Debatte zur Tagesordnung in Rekordlänge ad absurdum geführt: als die Tagesordnung stand war fast eine halbe Stunde verstrichen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
 Kreishaus, Zi. 66
 Reinhäuser Landstr. 4
 37083 Göttingen
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de
 dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 14 – Nachtragshaushalt 2020/21

Für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 war Anfang 2020 zunächst ein Doppelhaushalt verabschiedet worden, der in der aktuellen Situation natürlich nachgebessert werden musste.

Unsere Kreistagsgruppe nahm dies zum Anlass, wieder zahlreiche (Änderungs-)Anträge zu stellen, u.a. zur Neuauflage des Gedenkbuches für die jüdischen Einwohner/innen, den Gedenkweg Helmetalbahn, Verbesserungen in der Jugendhilfe sowie für Schulkinder, hier insbesondere im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Pandemie. Wie üblich stießen unsere Vorschläge nicht auf die Zustimmung der Kreistagsmehrheit. Die zuständige Dezernentin befürchtete im Vorfeld gar, eine Umsetzung unserer Vorschläge würde den Landkreis „ruinieren“.

Debattiert wurde insbesondere auch über die Höhe der Kreisumlage. Die CDU preschte hier wie üblich vor und forderte eine Senkung; Unsere Gruppe sah das wie auch die Verwaltungsgruppe anders und so hatte dieser Vorstoß keine Chance. In der Beratung wurde betont, dass die Gemeinden auch bei dem von uns favorisierten Modell der finanzieren von Einzelmaßnahmen in anderen Bereichen entlastet würden.

In der Debatte wurde auch deutliche Kritik an der Aufstellung des Nachtragshaushaltes geübt. Eine Beratung in den Fachausschüssen fand nicht statt, allein der Finanzausschuss führte eine Schnellberatung durch.

TOP 22 – Naturschutzgebiet „Gipskarstgebiet“ bei Bad Sachsa

Bei der Ausweisung von FFH-Gebieten hinkt Niedersachsen bekanntlich hinterher und so war es erfreulich, hier einen weiteren Beschluss fassen zu können, der die Ausweisung nicht wie so oft nur als Landschaftsschutzgebiet sondern als Naturschutzgebiet vorsieht. Deutliche Kritik kam hierbei von der CDU, die sich offensiv für die Interessen eines ansässigen Unternehmens einsetzte. Gefordert wurde daher gleich zu Beginn bei Aufstellung der Tagesordnung, die Beratung in den Umweltausschuss zurückzuleiten, um dort noch einmal mit Geschäftsführung und Betriebsrat zu beraten. Bei prinzipieller Anerkennung weiteren Gesprächsbedarfs hielt unsere Fraktion dabei an ihrer Grundhaltung fest, die Ausweisung wie geplant vorzunehmen, wie Eckhard Fascher betonte.

TOP 23 – Abfallzweckverband Südniedersachsen / Behandlungsverfahren

Hintergrund der Vorbereitung der Beschlüsse der Verbandsversammlung ist der Umbau der zentralen Anlage in Deiderode von einer Nass- auf eine Trockenvergärung, die ursprünglich sieben Mio. Euro kosten sollte, mittlerweile liegen die Kostenschätzungen bei über 20 Mio. Für den Landkreis Göttingen wurde das geplante Vorhaben gegen die Stimmen unserer Kreistagsgruppe im Oktober 2019 von den übrigen Parteien beschlossen, da andernorts ähnliche Anlagen mit einer wesentlich kostengünstigeren Modernisierung betrieben werden.

Eckhard Fascher wies in seinem Redebeitrag nochmals darauf hin, dass viele Alternativen nicht geprüft wurden und dass auch die Kritik aus Northeim keine Berücksichtigung gefunden habe. Auch der Klimaschutz werde nur schwach berücksichtigt, gleichwohl ergebe sich in allen vorgelegten Berechnungsmodellen eine Umstellung auf Trockenvergärung, was SPD-Heinze dann aufgriff um sich selbst für die vorgeblich so gute Entscheidung zu loben.

TOP 29 – Anfrage Bildungs- und Teilhabepaket

Nochmals hakte unsere Gruppe durch eine Anfrage beim Thema außerschulische Mittagsverpflegung nach, da es für Anspruchsberechtigte des Bildungs- und Teilhabepaketes im vergangenen Jahr zu erheblichen Problemen gekommen war.

Konkret wurde gefragt, welche Maßnahmen zur Sicherstellung einer außerschulischen Mittagsverpflegung derzeit angeboten werden, wie darüber informiert werde und wie das Angebot genutzt wird.

Gegenwärtig besteht laut Auskunft der Verwaltung die Möglichkeit der Lieferung eines warmen Essens durch verschiedene Dienstleister. Die Angebote würden jedoch nur verhalten in Anspruch genommen. Bedürftige können sich bei den Jobcentern und den Sozialämtern hierzu beraten lassen.

Rotes Zentrum e.V.

im Lieschen-Vogel-Haus · Lange-Geismar-Straße 2 · 37073 Göttingen

Mail: rotes-zentrum-goettingen@posteo.de

Unser Spendenkonto und das aktuelle Veranstaltungsprogramm senden wir auf Anfrage gerne zu



► Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen

Online-Tribunal im Schaufenster des Roten Foyers

Technisch und organisatorisch war die Präsentation nicht aufwendig: ein Video-Beamer, ein Laptop, eine Verstärkerbox, ein großes Bettlaken, Plakate an der Hauswand, Infomaterial auf einem Tisch vor dem Haus. Das Video von innen Seiten-verkehrt ins Schaufenster projizieren, das Laken mit Wäscheklammern an der Gardinenstange aufspannen, das Oberlicht am Fenster öffnen und die Lautsprecherbox aufdrehen. Um Irritationen zu vermeiden und gute Nachbarschaft zu pflegen, wurden die Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Häuser zuvor mit einem Anschreiben „zum reinschauen“ eingeladen und über den Hintergrund der Aktion informiert.

Am 19. Februar 2020 tötete ein rechter Gesinnungsmörder in Hanau 10 Menschen: 9 Menschen, die er als Migrantinnen und Migranten zu identifizieren glaubte sowie seine eigene Mutter. Wenige Monate nach Halle, nach Kassel, nach den NSU-Morden, nach 190 Toten durch Neonazis und Rassisten in Deutschland. Ein Jahr nach der gründlich vorbereiteten Tat in Hanau hielten Angehörige, Überlebende und Unterstützerinnen der Initiative 19. Februar in Hanau ein Tribunal ab; wegen der aktuellen Corona-Pandemie ausschließlich als Internet-Stream zu verfolgen. Das Leiden, die Schmerzen, die Wut und die drängenden Fragen sind trotz der Distanz und des Mediums berührend, ergreifend und verstörend: warum war der polizeiliche Notruf 110 nicht zu erreichen? Warum hatte die Stadtverwaltung die Fluchtwege versperren lassen? Warum wurden Familienangehörige durch Polizeiwaffen und Gefährder-Ansprachen bedroht? Warum durften sich die Angehörigen von ihren Toten nicht vor der Obduktion verabschieden? Warum läuft der Vater des Mörders als wahrscheinlicher Mitwisser der Tatplanungen noch immer frei in Hanau herum? Warum

wird von Innenpolitikern und Polizeiführungen noch immer die vermeintliche „Clan-Kriminalität“ aufgebauscht und den zahlreichen rechten „Einzeltätern“ damit das Ziel „Shisha-Bar“ ihrer mörderischen Raserei vorgegeben?

Die Bild- und Toninstallation im Schaufenster des Roten Foyers holte diese Fragen in eine der Einkaufsstraßen Göttingens. Nicht wenige der Konsum-Wütigen in den Nachmittagsstunden nehmen kaum Notizen, eilen mit Maske vor dem Mund und Smartphone am Ohr stumpf weiter. Andere hören schon aus der Ferne, dass hier etwas los ist, steigen vom Fahrrad ab und kommen neugierig näher. Manche gehen zwar weiter – man will sich in diesen Monaten ja auch nicht zu nahe kommen – murmeln sich aber wissend zu: „ach ja wegen Hanau“ oder „St. Pauli hat auch eine Schweigeminute gemacht, das war voll bewegend“ oder „jaja, hier sind die Linken drinnen“. Erst abends spiegelt das Sonnenlicht von außen nicht mehr im Schaufenster, ist das von innen projizierte Bild gut und kontrastreich zu sehen. Eine Demonstration mit 1.500 Menschen ist durch Göttingen gelaufen, am Gänseliesel brennen hunderte Kerzen vor den Bildern der Ermordeten. Mehrere Gruppen schlendern von hier durch die Lange-Geismar-Straße, bleiben vor der Hausnummer 2 stehen, hören den Stimmen der Angehörigen zu, tauschen sich leise aus.

Die Blumen, Kerzen und Bilder am Gänseliesel werden in der darauf folgenden Nacht verwüstet. Zertreten, umgestoßen, geklaut. Beobachtet wird dabei eine Frau aus dem Spektrum der Corona-Leugner und Querdenker. Die Materialien vor dem Roten Zentrum bleiben unbeschadet, die ausgebrannten Lichter können von Bewohnerinnen und Bewohnern des Lieschen-Vogel-Hauses am nächsten Abend wieder entzündet werden.

Rotes Zentrum-Schaufenster im März

Anders als in der letzten Ausgabe der Göttinger Blätter angekündigt, war im Schaufenster des Roten Foyer in den letzten Wochen keine Ausstellung zum Angriff gegen zwei engagierte Fachjournalisten vor dem Anwesen des Neonazis Thorsten Heise in Fretterode (West-Thüringen) zu sehen. Der Grund? Der angesetzte Prozessbeginn gegen die Neonazi-Schläger vor dem Landgericht Mühlhausen wurde in weiteres Mal verschoben. Vordergründig wegen des Corona-Infektionsgeschehens, neuer Prozessbeginn soll Anfang September 2021 sein. Tatsächlich finden andere Prozesse vor dem Landgericht Mühlhausen sehr wohl statt, die Neonazi-Attacke jährt sich Ende April 2021 zum dritten Mal. Im März 2021 gestalten Genossinnen der DKP das Schaufenster des Roten Foyer. Bild- und Texttafeln stellen die Kommunistin Minna Faßhauer vor. Minna Faßhauer lebte und wirkte von 1875 bis 1949 in Braunschweig. Eine Veranstaltung am 1. März 2019 im Roten Zentrum und eine gleichnamige Broschüre der DKP von 2015 titelten: „Waschfrau, Kommunistin, Ministerin“. Als 1918 durch den Arbeiter- und Soldatenrat die „Sozialistische Republik Braunschweig“ ausgerufen wird, wird Minna Faßhauer zur „Volkskommissarin für Volksbildung“ berufen. In diesem Amt schafft sie die kirchliche Schulaufsicht ab, setzt die Altersgrenze der Religionsmündigkeit auf 14 Jahre herab und tritt für einheitliche Volksschulen ein, an denen die Geschlechtertrennung aufgehoben wird. Sie drängt auf den Ausbau von Kinderhorten und die Gründung von Volkskindergärten. 1935 wird Minna Faßhauer von den Nazis verurteilt und für 2 Jahre im Konzentrationslager Moringen (bei Göttingen) inhaftiert. Die Schaufenster-Ausstellung findet anlässlich des 8. März, dem internationalen Frauenkampftag statt.





Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Lebhaftige Programmarbeit der vereinigten Linken

Am 30. Januar hatte die **zweite Kommunalpolitische Konferenz** diesmal als Videokonferenz stattgefunden. Mit zeitweise bis zu 30 Teilnehmenden war diese für eine Videokonferenz gut besucht.

Zu Beginn erklärte das Ratsmitglied der Antifaschistischen Linken (ALG) Torsten Wucherpfeffig, sich bei der Kommunalwahl auf einen aussichtsreichen Platz für die Göttinger Linke bewerben zu wollen. Seit nunmehr zwei Jahren bilden GöLi und ALG eine Ratsgruppe. Auch weitere ALGler*innen beteiligen sich an der Programmdiskussion und wollen für die GöLi kandidieren.

Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Vorstellung der Ergebnisse der bisher neun Arbeitsgruppen. Dabei zeigten sich neue Schwerpunktbildungen, beispielsweise bei den Bereichen Wohnungspolitik und Kultur.

Preisgünstiger neuer Wohnraum kann nicht durch profitorientierte Kapitalgesellschaften geschaffen werden. In Neubaugebieten muss die Städtische Wohnungsbau aktiv werden und preisgünstigen Wohnraum realisieren.

Während die Kulturpolitik bei den Programmdebatten 2011 und 2016 eine eher untergeordnete Rolle spielte, gelingt es jetzt gerade vor dem Hintergrund der Coronakrise gemeinsam mit den Betroffenen, Forderungen für die Kulturschaffenden zu entwickeln.

Die AG Politik für Menschen mit Behinderungen hat einen Querschnitt für die anderen Politikfelder entworfen. Dieses Thema wurde vor fünf Jahren vergessen.

Bei der Schulpolitik zeigten sich zwischen Stadt und Kreisgebiet extreme Unterschiede. Während für den Landkreis außerhalb des Göttinger Umlandes noch Gesamtschulen durchgesetzt werden müssen, existiert in Göttingen und Umland ein der Nachfrage entsprechendes Gesamtschulangebot.

Der Kampf gegen Hartz IV ist eines unserer Kernthemen. Gerade bei der Optionskommune Landkreis Göttingen zeigt sich immer wieder wie zum Nachteil von Betroffenen gehandelt wird, wie zum Beispiel bei der Mietkostenübernahme. Gerade in Coronazeiten fallen Schüler ärmerer Familien hinten runter, sei es durch das fehlende Mittagessen oder fehlenden Förderungsmöglichkeiten.

Die ökologische Frage ist im Kapitalismus, der ohne Profit und Wachstum nicht existieren kann, nicht zu lösen, was sich auch gerade beim Klimaschutz zeigt. Kommunalwahlkampfthema könnte auch das geplante Neubaugebiet Holtenser Berg sein, wo vor allem Sozialwohnungen errichtet werden müssen. Dieses Gebiet sollte möglichst autofrei geplant werden mit einer deutlichen Ausweitung des ÖPNV-Angebots. Neu gebildet wurde die AG Digitales, wo es um Themen wie Daten-

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Eckhard Fascher, Sabine Klohn
Oliver Preuß, Bärbel Safieh.
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
goelinke-alg-gruppe@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Di: 13:00 – 17:00 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Termine

Dritte Kommunalpolitische Konferenz am Samstag, 20. März, ab 11 Uhr im Jungen Theater, Saal, Bürgerstr. 15, 2. Etage (Eingang Gartenstr.)

Schwerpunkt: Diskussion und Beschluss des Kommunalwahlprogramms

Bis zum 9. März wird das Programm komplett vorliegen und dann per Newsletter verschickt. Änderungsanträge sind dann mit genauer Zeilenangabe bis zum 19. März schriftlich einzureichen.

Achtung! Sollten sich die rechtlichen Bestimmungen nach dem 7. März nicht wesentlich ändern, würde die Veranstaltung online stattfinden müssen. Bitte achtet auf Ankündigungen per Newsletter und auf der Homepage.

Nachfragen bei Eckhard Fascher, Tel. 0551-40137061/ 0152-32077973 oder eckhardfascher@web.de

GöLi-Aktiven-Treffen im Wahlbereich 3 Weststadt

Montag, 22. März, 19.00 Uhr,

Bürgerhaus Grone,
Martin-Luther-Straße 10 (Zufahrt vom Greitweg aus)

(Das Treffen ist durch die Größe des Raumes auch unter „Corona-Bedingungen“ möglich)

Die Groner Gruppe wird eine Einführung dazu geben, wie der Wahlkampf über das Gebiet des Ortes Grone hinaus geführt werden kann. Außerdem sollen die hier wohnenden Mitglieder die Möglichkeit haben, sich als Kandidat*innen für die Liste des Wahlbezirkes 3 oder die zum Ortsrat Grone zu melden (Keine Wahl von Kandidat*innen!).

Alle Betroffenen werden eine schriftliche Einladung bekommen. Bei weitergehenden Fragen könnt Ihr Euch bei Gunnar melden

schutz/Datenvermeidung, Open Source, Copyright und Medienkompetenz geht.

Das Programm soll bei unserer dritten Kommunalpolitischen Konferenz am 20. März verabschiedet werden. Bis Ende Februar sollen die Texte vorliegen, von der Redaktionskonferenz bearbeitet werden und dann etwa zwei Wochen vorher fertig vorliegen.

(g.siebecke@posteo.de); auch dann, falls jemand bis zum 10. März keine Einladung bekommen hat.

Linker Wahlantritt in Gleichen möglich

In der Gemeinde Gleichen zeichnet sich ein Wahlantritt von Mitgliedern der Göttinger Linken ab. Einige Genossinnen und Genossen haben bereits ihr Interesse an einer Kandidatur bekundet. Dies wäre der erste linke Wahlantritt in Gleichen überhaupt! Schreibt Geschichte. Jetzt gilt es sich zusammenzusetzen (leider nur digital), um die Vorbereitungen zu treffen.

Videokonferenz am Donnerstag, 4. März, 19:00 Uhr

Informationen zur Teilnahme bei Christian Schüler, Tel. 05508-8159, E-Mail: cschueler2015@gmail.com


Pressemitteilung
03.01.2021

Zum Schulbeginn 2021 wird unter den Pandemiebedingungen an allen Schulen weiterhin die Luftqualität in den Klassenräumen ein großes Problem sein. Alle Fraktionen des Rates haben sich dafür ausgesprochen, dass die Verwaltung umgehend feststellt, wie viele Raumlüfter und Trennscheiben für alle Göttinger Schulen benötigt werden. Bei dieser Anfrage kann es aber nicht bleiben. Wir müssen umgehend handeln, denn der Unterricht an den Schulen wird in wenigen Wochen wiederbeginnen. Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Kommune, dass die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Unterricht an den Schulen und die Betreuung in den Kitas gewährleistet ist. Dazu gehört an erster Stelle die Sicherheit der Kinder und des Personals.

Es muss jetzt entschieden werden damit die Kosten in den Haushalt 2021 eingebracht werden können.

Wir weisen nochmals darauf hin, dass das regelmäßige Lüften nur wenig zur Luftverbesserung beiträgt und in dieser Jahreszeit zu Raumtemperaturen führt, die eindeutig unter der im Arbeitsschutz festgelegten Mindestraumtemperatur von 19 Grad liegen.

Wir haben folgende Fragen an den Oberbürgermeister und das Baudezernat der Stadt Göttingen gestellt:

1. Wie viele der vorhandenen 1019 Unterrichtsräume benötigen umgehend einen Raumlüfter und Trennscheiben?
2. Wie viele Räume in den städtischen Kindertagesstätten müssen mit Raumlüfter ausgestattet werden?
3. Nach welchen Kriterien werden Unterrichtsräume bei der Bestückung mit Lüftern und Trennscheiben nicht berücksichtigt?
4. In welchem Umfang sind geeignete Lüfter und Trennscheiben umgehend lieferbar?
5. Welche Gesamtsumme muss die Stadt für alle umgehend benötigten Lüfter und Trennscheiben in den Haushalt 2021 einbringen?

Pressemitteilung
04.01.2021

Staatsschutz ermittelt:

Der Göttinger Staatsschutz ermittelt gegen Unbekannt wegen Sachbeschädigung. Ein schweres Delikt, das die Wehrhaftigkeit des Staates herausfordert. Es geht dabei um ein Gemälde, das auf die verbrecherische Unterlassung der EU-Staaten angesichts im Mittelmeer ertrinkender Menschen hinweist. Dies wird in derselben Logik verfolgt wie die Schiffe auf dem Mittelmeer, die nicht auslaufen dürfen, weil sie zu viele Rettungswesten an Board haben. Verboten wird, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. So katapultiert sich der Staat - hier in Gestalt der Polizei - so dermaßen ins Abseits, dass man nur noch lachen kann.

- Wir rufen die Bürger*innen Göttingens auf, den Fahndungsauftrag der Polizei aktiv zu unterlaufen und unter 0551-4912115 den Staatsschutz zu grüßen und ihm mitzuteilen, warum solche Gemälde gewollt und richtig sind.

- Wir rufen die Stadtverwaltung in Person des Oberbürgermeisters dazu auf, dem Staatsschutz Einhalt zu gebieten und als Eigentümerin der schön bemalten Wände dafür zu sorgen, dass solche Bilder zum Erbe der Stadt gehören.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347

[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Geschäftsführer:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo : 9:00 - 13:00 Uhr
 Di: 9:00 - 13:00 Uhr
 Mi: 14:00 - 17:00 Uhr
 Do: 13:00 - 17:00 Uhr

► Klimaschutz braucht die Verkehrswende – aber bitte nicht im Winter?

Alle reden vom Klimaschutz und wollen ihn vorantreiben: Bei der letzten Ratssitzung im Februar waren sich alle in Göttingen vertretenen Parteien scheinbar einig: Bis 2030 soll es enorme Fortschritte geben, um die Stadt zumindest zu 65% klimaneutral zu machen. Aber wie sollen die guten Vorschläge realistisch umgesetzt werden?

Aus meiner Sicht stellt sich dazu die Frage, wie der Klimaschutz überhaupt mit kapitalistischem Profitstreben vereinbart werden kann. Im Grunde doch eher wenig bis gar nicht.

Dass sich auch die kommunale Sparpolitik, das Herunterwirtschaften des kommunalen Dienstleistungsangebotes konträr zum Klimaschutz auswirkt, hat sich in den letzten 2 Wochen gezeigt:

Früher: ein eher normaler Winter

Lange Jahre hatten wir in Göttingen Winter, die keine waren. Nach 2010/11 gab es nur sehr geringe Schneefälle, mit denen die Göttinger Entsorgungsbetriebe (GEB) und die Göttinger Verkehrsbetriebe (GöVB) gut zurechtkamen.

In diesem Winter jedoch hat tagelanger Schneefall, der für die Jahreszeit eigentlich als normal anzusehen ist in unseren Breiten, den Busverkehr für mehrere Tage ganz lahmgelegt. Zahlreiche Stadtgebiete und die sogenannten „Bergdörfer“ wurden nahezu zwei Wochen nicht angefahren.

Busse: Nein Danke, nur das Auto funktioniert noch

Das bedeutete für die dort lebenden Menschen, die aus finanziellen oder prinzipiellen Gründen nicht über ein Auto verfügen, eine sehr missliche Si-

tuation, um es gelinde auszudrücken; zumal Fahrradfahren nur für absolute Kamikazefahrer*innen infrage kam und Fußgänger*innen sehr sicher auf den Beinen sein mussten, um sich fortzubewegen. Ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen taten gut daran, ganz zuhause bleiben.

Noch über eine Woche nach dem Schneefall waren die Fußwege und (Neben-)Straßen, auch im Innenstadtbereich unwegsam. Um Straßen zu überqueren, musste man über hohe Schneeberge klettern. In der Fußgängerzone hatte der liegegebliebene Schnee die Konsistenz von Sand, durch den das Gehen äußerst mühsam und durch unsichtbare vereiste Stellen auch gefährlich war. Mit Rollatoren, Rollstühlen und Kinderwagen nicht passierbar.

„Limitiertes“ Material und Personal

Wie kann das sein? Es schneit, wie im mitteleuropäischen Winter üblich und keiner räumt den Schnee so weg, dass die Busse fahren und Fußgänger laufen können?

Auf eine Beschwerde bei der Stadt Göttingen kam folgende Antwort: Personal und Geräte seien limitierende Faktoren und bei anhaltendem Schneefall könnten die Mitarbeiter*innen verständlicherweise nicht über das ganze Stadtgebiet verteilt präsent sein. Es gäbe 33 Kolleg*innen und 9 Winterdienstfahrzeuge.

Nun stellt sich die Frage: War das Personal und die Geräte schon immer „limitiert“? Oder wurde in den letzten Jahren immer mehr Personal abgebaut und an der Ausrüstung gespart, weil das Klima sich verändert hat? Um diese Fragen zu klären, wird die Göttinger Linke entsprechende Anfragen an den zuständigen Betriebsausschuss Umweltdienste stellen.

Für die Vermutung, dass die Personaldecke bei der GEB zu dünn ist, spricht, dass sich jetzt nach dem "Schneedesaster" der Müll allerorten türmte.

Auch wenn aktuell Kolleg*innen des städtischen Winterdienstes durch Corona ausgefallen sein sollten, muss es einen Notfall- oder Bereit-

schaftsplan geben, um bei Schneefall den Busbetrieb und die fußläufige Passierbarkeit des Stadtgebietes sicherzustellen. Wie sonst ist eine Verkehrswende vorstellbar?

Ohne Auto geht es nicht!

Gerade in den letzten Wochen haben die Bürger*innen die für das Klima fatale Erfahrung gemacht: Ohne Auto geht es nicht! Es macht wenig Sinn, an die Menschen zu appellieren, auf Bequemlichkeit zu verzichten und auf Bus und Rad umzusteigen, wenn der Busverkehr bei Schnee tagelang ausfällt, die Fahrradwege nicht geräumt werden und man noch nicht mal zu Fuß sicher vorwärtskommt. Von Menschen mit Behinderungen ganz zu schweigen, wie so oft.

Wirksamer Klimaschutz kostet Geld, richtig viel Geld, gerade auch in den Kommunen. Auch aus anderen niedersächsischen Städten, wie z.B. Hildesheim wurden unerhörte Zustände der Straßen und Wege berichtet. Es scheint also ein allgemeines kommunales Problem gewesen zu sein, mit dem hier die GEB und die GöVB zu kämpfen hatten. Wobei selbstverständlich den Kolleg*innen der Entsorgungs- und Busbetriebe überhaupt kein Vorwurf zu machen ist, sondern die Strukturen und Arbeitsbedingungen sind kritisch zu hinterfragen und entsprechend zu verbessern.

Leider geht die Göttinger Stadtverwaltung häufig so mit Problemen um, wie es Wirtschaftsbetriebe gerne tun: Kritischen Fragen wird mit werbewirksamer Schönfärberei begegnet. Das Fatale daran: Wo die Verwaltung partout kein Problem sehen will, kann sie auch keines lösen.

Kein Problembewusstsein bei der Verwaltung der Stadt

Anstatt jetzt offen zuzugeben: „Ja, wir haben massive Probleme beim Winterdienst im richtigen Winter, wir haben versagt und müssen das dringend ändern“, wird nach außen so getan, als hätte es eine Naturkatastrophe gegeben, gegen die auch mit dem besten Räumdienst nicht anzukommen war.

Die Göttinger Linke setzt sich an dieser Stelle konkret für den Klimaschutz ein, indem wir nicht lockerlassen, indem wir hier weiter nachhaken. Denn: Der nächste Winter kommt bestimmt (oder mindestens höchstwahrscheinlich). Die Verkehrswende kann nur gelingen, wenn der öffentliche Nahverkehr verlässlich wird!

Bärbel Safieh (Die Autorin dieses Textes ist Mitglied des Rates der Stadt Göttingen)



Was hier richtig idyllisch aussieht, bedeutete für diese Fahrradbesitzer*innen: Kein Fahrrad, ein Bus! Wie komme ich zur Arbeit?